



Presseschau vom 15.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Kiew spricht von eigenem „Beitrag“ zum Kampf gegen IS

Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin hat bei einer Sitzung der Mitgliedsstaaten der internationalen Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) von einem Beitrag der Ukraine zum Kampf gegen den Terror gesprochen.

Dieser „Beitrag“ besteht laut Klimkin darin, dass Kiew die „Werte und Prinzipien der Koalition“ sowie ihre strategischen Ziele im Kampf gegen den Terror in all seinen Formen „völlig teile“.

„Die Ukraine leistet weiterhin ihren Beitrag zum Kampf gegen den IS, indem sie sich unter anderem aktiv an der Tätigkeit der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Terrors beteiligt“, zitiert der Pressedienst des ukrainischen Außenministeriums Klimkin.

Dafür, dass Kiew beim Anti-Terror-Kampf nicht effektiver mitwirken könne, macht der ukrainische Chefdiplomat Russland verantwortlich. Wegen der „russischen Aggression“ sei der Beitrag etwas bescheidener, als er sein könnte, schrieb Klimkin auf Twitter.

Es ist allerdings nicht ganz klar, von welchem Kampf der Minister spricht: Die ukrainische Armee nimmt an keiner Operation gegen den IS teil. Zudem hatten Medien zuvor berichtet, dass ein Extremisten-Netzwerk, die der Finanzierung und Bewaffnung von IS-Kämpfern verdächtigt wird, Waffen in der Ukraine gekauft haben soll.

de.sputniknews.com: Wovor hat Kiew Angst? Sputnik macht Aussagen von Maidan-Scharfschützen publik

Die Verhandlungen im Fall der Maidan-Schüsse in Kiew haben eine neue Wende genommen. Ein Sputnik-Reporter sprach mit Scharfschützen, die Staatsbürger Georgiens sind. Sie erklären sich bereit, vor Gericht auszusagen...

(Der ganze Artikel unter: <https://de.sputniknews.com/archive/20180215/>)

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Positionen in den Gebieten von **Logwinowo** und **Losowoje** unter Verwendung von 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen. Zerstörungen an Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 14-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **neun Ortschaften** der Republik mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Veröffentlichung von „Kreml-Bericht“: EU-Botschafter zu möglichen Konsequenzen

Der EU-Botschafter in Russland, Markus Ederer, hat sich gegenüber der russischen Zeitung „Kommersant“ dazu geäußert, welche Konsequenzen die Veröffentlichung des sogenannten „Kreml-Berichts“ haben kann.

„Was die EU als offizielle Struktur angeht, haben wir bisher keine Konsequenzen aus dieser Veröffentlichung gesehen“, sagte Ederer.

„Wie die Amerikaner selbst sagen, ist es bislang nur eine Liste“, fügte er hinzu.

Der EU-Botschafter betonte dabei, dass er auf die Reaktion der Assoziation des Europäischen Business auf die Veröffentlichung dieses Dokuments geachtet habe. Es hieß, dass das Auftauchen der Liste „Ungewissheit und zusätzliche Risiken bei der Geschäftsführung in Russland bringt“.

„Meiner Meinung nach sollen die Geschäftsleute eine Einschätzung geben: Sie kennen sich darin besser als ich aus“, so der Diplomat abschließend.

Das US-Finanzministerium hatte zuvor den sogenannten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht. Darin sind 114 russische Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt. Die Liste sieht keine sofortigen Sanktionen gegen diese Personen vor, könnte aber eine künftige Verhängung von Sanktionen bedeuten.

Russlands Präsident Wladimir Putin nannte den Bericht einen „unfreundlichen Akt“, der den ohnehin in einer schwierigen Lage befindlichen russisch-amerikanischen Beziehungen schade. Moskau werde jedoch von Gegenmaßnahmen absehen und die Entwicklung der Situation verfolgen, betonte der russische Präsident.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Gagarin-Bergwerk, Oserjanowka), Donezker Flughafen (Spartak, Shabitschewo, Volvo-Zentrum), Donezk (Trudowskije), Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Belaja Kamenka.**

Gestern während des Treffens im Rahmen des Minsker Verhandlungsprozesses haben die ukrainischen Streitkräfte Dokutschajewsk beschossen.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 391. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 92.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

Dan-news.info: „Gestern um 23 Uhr wurde **Mineralnoje** beschossen. Es gab je einen Geschosstreffer in den Hof des Hauses Nr. 37 in der Lenin-Straße und auf ein Haus in der Komsomolskaja-Straße 27, es wurden Fenster beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun mit.

Er fügte hinzu, dass die ukrainischen Truppen **in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar Spartak** beschossen haben. In Folge des Beschusses wurde eine Garage in der Zentralnaja-Straße 76 beschädigt. Der Bürgermeister erläuterte, dass das Haus an dieser Adresse bereits zuvor abgebrannt ist und die Bewohner ihre übriggebliebenen Sachen in dem Wirtschaftsgebäude untergebracht hatten.

de.sputniknews.com: Syrien: Luftabwehr zwingt Israels Militärflugzeuge zum Abdrehen
Die syrische Luftabwehr hat am Mittwoch ein israelisches Aufklärungsflugzeug zum Verlassen des Luftraums des Landes genötigt, als die Maschine am Himmel über der Stadt Kuneitra aufgetaucht war, wie die staatliche Nachrichtenagentur SANA meldet.

„Die syrische Luftabwehr hat am Mittwoch ein israelisches Aufklärungsflugzeug am Himmel über Kuneitra abgewehrt und es gezwungen, den syrischen Luftraum zu verlassen“, berichtet die Agentur unter Verweis auf ihren Korrespondenten.

Die israelische Seite hat diesen wahrscheinlichen Vorfall nicht kommentiert.

Das israelische Militär hatte zuvor das Abfangen einer iranischen Drohne im Norden des Landes gemeldet und mit einem Angriff gegen Ziele in Syrien geantwortet. Später gab der Pressedienst der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte den Absturz eines Kampfflugzeuges vom Typ F-16 im Norden Israels bekannt. Die syrischen Medien berichteten ihrerseits, die Luftabwehrsysteme des Landes hätten den Angriff der israelischen Luftwaffe abgewehrt.

Am Tag darauf meldete das israelische Militär die Vernichtung von zwölf Zielen, darunter auch drei Flugabwehrbatterien und „vier Objekte der militärischen Präsenz des Irans in Syrien“. Israel habe seinerseits keine neuen Verluste erlitten, hieß es.

Nach der bewaffneten Eskalation an der syrisch-iranischen Grenze hat der Iran die Zeit ungestrafter Angriffe als abgelaufen erklärt.

Dnr-online.ru: Der Beschuss von zwei Schulen und eines Wohngebiets von Dokutschajewsk durch die ukrainischen Streitkräfte ist eine Demonstration des Bestrebens Kiews zu einer gewaltsamen Methode zur Lösung des Konflikts im Donbass. Diese Meinung äußerte der Kommandeur der Spezialeinheit „Legion“ des Zivilschutzministeriums der DVR, Abgeordneter des Volkssowjets der DVR Oberst Sergej Sawdowjew in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Der Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur in Dokutschajewsk am 14. Februar

durch die ukrainischen Streitkräfte ist eine Demonstration der wirklichen Position Kiews in Bezug auf den Donbass.

Und die Wirklichkeit besteht daran, dass für Poroschenko, Turtschinow und andere ukrainische Politiker die einzige Variante zur Lösung des Konflikts im Donbass ein Krieg ist. Das Ziel Kiews ist tatsächlich nicht nur, uns mit Krieg einzuschüchtern, sondern den Willen des Volkes zum Widerstand zu brechen. Deshalb auch alle möglichen Blockaden, politische Verfolgungen, Repressionen, Provokationen, absurde Gesetze und ständiger Beschuss von friedlichen Bürgern und Infrastrukturobjekten.

Aber jegliche Versuche, Donezk und Lugansk in die Ukraine zurückzuholen, werden zu einer noch größeren Selbständigkeit der Volksrepubliken führen.

Heute sind wir bereit, den Feind abzuwehren, geschlossen und als Team zu arbeiten. Und der Wille des Donbass kann nicht gekauft oder gebrochen werden, wie das Kiew möchte“, unterstrich Sergej Sawdowjew.

de.sputniknews.com: Russland stoppt Gasförderung auf der Krim – wegen Gerichtsstreit mit Kiew

Russland wird gezwungen sein, die Gasförderung aus dem Vorkommen „Odessoje“ im Schelfbereich der Krim wegen eines Streits mit Kiew vor dem internationalen Schiedsgericht einzustellen. Darüber schreibt die Online-Zeitung vzglyad.ru.

Dass die russischen Behörden die wirtschaftliche Tätigkeit am Gaskondensatvorkommen „Odessoje“ einzustellen planen, das fast die Hälfte der eigenen Gasförderung der Halbinsel abdeckt, hat die russische Mediengesellschaft RBC von Beamten in der Föderationsführung und den regionalen Behörden der Krim erfahren. Grund dafür sei das internationale Schiedsverfahren im Bereich Seerecht, das die Ukraine im September 2016 gegen Russland initiiert hat, hieß es.

Die diesbezüglichen Einwände der Ukraine würden einen großen Kreis von Fragen umfassen, die die Tätigkeit Russlands auf dem Schwarzen Meer seit dessen Wiedervereinigung mit der Krim betreffen. So warf der ukrainische Präsident Petro Poroschenko Russland vor, Naturressourcen „auf dem Meeresschelf der Ukraine zu stehlen“.

Die von Kiew erhobene Klage läuft darauf hinaus, dass Russland auf der Krim „ungenehmigte wirtschaftliche Tätigkeit“ betreibe. Laut den Beamten sei die Einstellung der Gasförderung ein taktischer Zug, eine formelle Methode zur Beseitigung dieses Einwands. Dabei gehe es nicht darum, die Kontrolle über das Gasvorkommen an die Ukraine zurückzugeben, hieß es.

Laut weiteren föderalen Beamten hat das Außenministerium, dessen Departement für Rechtsfragen an dem Streitverfahren beteiligt ist, empfohlen, die Gasförderung im Vorkommen „Odessoje“ einzustellen. „Gestritten wird dabei nicht um Fragen der Zugehörigkeit, sondern um die wirtschaftliche Tätigkeit in den Seegrenzen der Ukraine“, wurde erläutert.

Kiew muss bis zum 19. Februar 2018 ein Memorandum vorlegen, in dem es seine Anschuldigung gegen Russland wegen Verletzung der UN-Seerechtskonvention von 1982 begründen soll.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31752/55/317525587.jpg>

Dnr-online.ru: Der Leiter der Parlamentsfraktion „Donezkaja Respublika“ Alexandr Kostenko kommentiere mögliche Provokationen von Seiten der Ukraine gegen die Volksrepubliken. „In vier Jahren ununterbrochener Kämpfe und ständiger Aggression von der ukrainischen Seite hat die Führung der Republik eine Strategie zum operativen Reagieren und zur Abwehr jeglicher Angriffshandlungen, Provokationen oder anderer militärischer Maßnahmen Kiew gegen die DVR erarbeitet.

Die Ukraine schafft nun eine juristische Plattform zur Legalisierung der Aggression gegen das Volk des Donbass, es sucht faktisch eine Rechtfertigung für die rechtswidrigen Handlungen. Außerdem verheimlicht der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats Alexandr Turtschinow nach der Annahme des sogenannten Gesetzes über die „Reintegration des Donbass“ eine mögliche militärische Einnahme der DVR und der LVR in der nächsten Zeit nicht.

Unsere Antwort auf solche Handlungen Kiews ist die vollständige Kampfbereitschaft. Nach allen Ereignissen, die wir seit 2014 durchlebt haben, gibt es für uns keinen Weg zurück. Wir haben unsere Wahl getroffen und sind verpflichtet, sie zu verteidigen“, sagte Kostenko.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass einen Erlass unterzeichnet, der vorsieht, an zwei Kategorien von Bürgern, die auf den zeitweilig von Kiew kontrollierten Territorium des Donezker Oblast leben, einmalige Zahlungen auszus zahlen.

„Ich lege fest, dass im Jahr 2018 einmalige finanzielle Unterstützung für bestimmte Kategorien von Bürgern, die in den Bezirken des Donbass leben, die sich zeitweilig unter Kontrolle der Ukraine befinden, erfolgen: an Beteiligte der Kämpfe und Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges sowie des zweiten Weltkriegs zum Tag des Sieges. An Familien, die drei oder mehr Kinder unter 18 haben“, heißt es in dem Erlass.

Die Höhe der finanziellen Unterstützung für die Veteranen beträgt 12.000 Rubel bzw. 6.000 Griwna, die kinderreichen Familien erhalten 6000 Rubel oder 3000 Griwna.

nachmittags:

ukrinform.ua: Präsident: Absolute Mehrheit im UN-Sicherheitsrat für Friedenstruppen im Donbass.

Die Initiative, eine UN-Friedensmission im Donbass zu stationieren, unterstütze die absolute Mehrheit der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates, erklärte der Präsident der Ukraine, Pjotr Poroschenko, vor Journalisten.

„Nach drei Jahren harter Arbeit stellt heute die absolute Mehrheit der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats, sowie diejenigen, die die Ukraine unterstützten, die absolute Notwendigkeit einer Friedensmission der Vereinten Nationen fest“, sagte Poroschenko und erinnerte daran, dass er die Idee einer Friedensmission das erste Mal im Jahr 2015 beim Abschluss der Vereinbarungen von Minsk eingebracht habe.

Das ukrainische Staatsoberhaupt betonte erneut, dass diese Mission im gesamten besetzten Gebiet des Donbass stationiert sein und das Recht haben soll, „Ordnung zu schaffen“, zur Verantwortung zu ziehen und die illegalen bewaffneten Formationen zu entwaffnen.

Der Präsident unterstrich auch, die UN-Friedensmission solle den Frieden in das ukrainische Land bringen und die Bedingungen für die Reintegration der besetzten Gebiete in der Ukraine schaffen.

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow:

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt. Der Gegner hat die **Zahl der Verletzungen der Regimes der Feueinstellung verdoppelt**, dabei hat er seine Anstrengungen auf den Beschuss von Ortschaften und zivilen Infrastrukturobjekten konzentriert.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Dokutschajewsk, Staromichajlowka, Belaja Kamenka, Spartak, Shabitschewo und den Petrowskij-Bezirk von Donezk und das Gebiet des Flughafens** 92 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 68 des Kalibers 82mm abgefeuert. Außerdem wurde mit Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf die Gebiete von **Oserjanowka** und des **Gagarin-Bergwerks** neun Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

In Folge von Beschuss von ukrainischer Seite wurden zwei private Häuser in **Mineralnoje** beschädigt und ein Wirtschaftsgebäude in **Spartak** vollständig zerstört.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **14 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Gestern haben die ukrainischen Besatzer einen dreisten und zynischen Beschuss durchgeführt. Mitten an einem Arbeitstag, ohne selbst die OSZE-Beobachter zu fürchten, haben Strafsoldaten aus der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Klotschkow Wohngebiete von Dokutschajewsk mit Schützenpanzern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Unter zielgerichteten Beschuss gerieten die Schule Nr. 3, ein Internat, ein vierstöckiges Wohnhaus, ein privates Haus und ein Friseurladen.

Die Kinder des Donbass haben in einem fast vierjährigen Krieg vieles gesehen. Sie haben genau gelernt, die Waffenarten, mit denen die ukrainischen Besatzer schießen, auseinanderzuhalten. Das ist schrecklich, aber für viele Kinder sind Beschießungen eine gewöhnliche Sache geworden und oft verbergen sie sich nicht einmal in einem Schutzraum. Aber dieses Mal ist es den „Befreiern“ aus den ukrainischen Streitkräften gelungen, schutzlose Schüler zu erschrecken und ihr Leben und ihre Gesundheit zu bedrohen. Etwa 400 Schüler und Kinder aus dem Internat waren in einem Schockzustand gezwungen, in den Kellern Schutz zu suchen und abzuwarten, während die ukrainischen Kriegsverbrecher nach Herzenslust schossen.

Die ukrainischen Generäle und verlogenen Propagandisten aus dem Pressezentrum des Stabs der sogenannten „ATO“ versichern regelmäßig, dass sie das Regime der Feueinstellung vollständig einhalten und die Minsker Vereinbarungen unterstützen. Wir haben mehrfach aus ihrem Mund Versprechungen gehört, ukrainische Soldaten, die die Schuld an Verletzungen des Waffenstillstands tragen, zu bestrafen. Es ist nur schwer zu glauben, dass zu diesem erschreckenden Fall auch nur irgendeine Untersuchung stattfindet und irgendjemand bestraft wird. Am ehesten wird der Ordensträger, der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Kotschkow ein weiteres Leckerli und Dankesworte von seinem Herrn Poroschenko erhalten. Ich wende mich an die Führung der OSZE mit der nachdrücklichen Bitte, eine objektive Untersuchung zu diesem Fall vorzunehmen und die ukrainische Seite zur Bestrafung der schuldigen Funktionsträger zu zwingen, weil die verbrecherischen Verstöße von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gegen friedliche Bürger Besorgnis hervorrufen müssen und die Herstellung des Friedens im Donbass nicht befördern.

Heute ist der 29. Jahrestag des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Im Namen der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik will ich allen internationalistischen Kämpfern, die mit der Waffe in der Hand das Volk des Donbass verteidigen, danken.

de.sputniknews.com: Georgien bekommt bereits Javelin-Raketen aus USA – sind nun Drohnen an der Reihe?

Die USA, die mit der Lieferung von Panzerabwehr-Raketen Javelin nach Georgien begonnen haben, könnten auch unbemannte Fluggeräte an die georgischen Streitkräfte übergeben, welche jetzt modernisiert werden. Das berichtet ein Korrespondent der Zeitung VZGLYAD aus Tiflis unter Berufung auf einheimische Medien.

Der georgische Militärexperte Wachtang Maissaja sagte in diesem Zusammenhang gegenüber der in Tiflis erscheinenden Zeitung „Resonansi“: „Dies wäre sehr gut. Dies würde helfen, neun georgische Bataillone voll aufzustellen, mit deren Ausbildung die USA im Mai beginnen sollen.“

Dem Experten zufolge könnte Tiflis die US-Partner auch darum bitten, elektronische Steuerungssysteme für Kampfoperationen zu liefern.

Der georgische Verteidigungsminister Lewan Isorija hatte vor kurzem im Parlament berichtet, dass die USA der georgischen Armee in diesem Jahr aktiver helfen werden. Er habe nach eigenen Worten im Pentagon über die Möglichkeit gesprochen, in die traditionellen internationalen Übungen „Agile Spirit“ in Georgien einen Flotteneinsatz aufzunehmen, so Isorija.

Laut dem Minister ist das Ausbildungsprogramm für die neun Bataillone auf drei Jahre angelegt und hat das Ziel, neben Blauhelmen auch reguläre Kampfeinheiten auszubilden. Die USA hatten bereits früher damit begonnen, die im Besitz der georgischen Armee befindlichen Maschinengewehre aus sowjetischer bzw. russischer Produktion durch gleichartige US-Waffen zu ersetzen.

Ukrinform.ua: ATO-Stab meldet Tod einer Gruppe von Marineinfanteristen.

Die Sicherheitsbehörden untersuchen den Tod von Soldaten einer Marineinfanterie-Brigade. Das meldet die Pressestelle des Stabs der Antiterror-Operation (ATO). Nach vorläufigen Angaben seien Leichen der Marineinfanteristen in dem Haus, in dem sie untergebracht waren, entdeckt worden.

Der Stab machte keine Angaben zur Zahl der Opfer.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Logwinowo und Losowoje**. Dabei haben die ukrainischen Truppen 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden 50 Mörsergeschosse und Granaten auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung entlang der Kontaktlinie mit Hilfe von Drohnen verstärkt.

Im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje wird Luftaufklärung mit Hilfe von Drohnen durchgeführt.

Nach unseren Informationen erfolgt die Aufklärung, um Diversions- und Erkundungsgruppen zur Verminung der Umgebung in die „graue Zone“ bringen zu können.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die von den Minsker Vereinbarungen vorgeschriebenen Bedingungen für die Stationierung von Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie und konzentrieren Potential ihrer Einheiten in der „ATO“-Zone.

Nach unseren Informationen wurde im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowotoschkowskoje die Stationierung eines 120mm-Mörser und eines Schützenpanzers in einem Unterstand zur Deckung der Mörsermannschaft entdeckt.

Nach Mitteilungen örtlicher Einwohner wurde die Bewegung einer Kolonne Panzertechnik mit sieben Schützenpanzern sowie drei Lastwagen aus Richtung Sholtoje in Richtung Stschastje bemerkt.

Außerdem wurden nach Beobachtungen der Volksmiliz an der Kontaktlinie Scharfschützen aktiviert.

Im Gebiet von Katerinowka wurde eine Scharfschützengruppe registriert, die mehrere Male das Feuer in Richtung der Positionen der Volksmiliz eröffnete.

Nach Informationen unserer Aufklärung hat der Kommandeur der 10. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Alkoholmissbrauch durch die Soldaten sowie von eigenmächtigem Verlassen des Dienstortes die Einheiten zum Zweck der Überprüfung dieser Informationen besucht.

Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Alexandr Turtschinow hat am 14. Februar erklärt, dass das sogenannte Gesetz über die Reintegration des Donbass „eine militärische Befreiung“ der Territorien der LVR und DVR nicht ausschließt und „dafür die Voraussetzungen schafft“.

Das Gesetz über die sogenannte Reintegration des Donbass führt zu einer Legalisierung der verbrecherischen Handlungen der Kiewer Regierung – das ist das erste. Zweitens steht es „Minsk“ und der internationalen Gesetzgebung entgegen, weil es erlaubt, Waffen gegen Zivilisten einzusetzen. Drittens bedeutet die Einführung des Kriegszustands, dass Poroschenko für eine unbegrenzte Zeit seine Präsidentschaft garantiert ist.

Ich möchte die Regierung der Ukraine vor einer militärischen Variante der Lösung des Konflikts im Donbass warnen, weil eine Büchse der Pandora geöffnet würde und die weitere Entwicklung der Ereignisse sich für alle Einwohner der Ukraine bedauerlich auswirken kann. Die Volksmiliz hat Kräfte und Mittel für adäquate Handlungen zur Unterbindung unrechtmäßiger Handlungen der Ukraine.

de.sputniknews.com: Neue Sanktionen gegen Russland im Anmarsch – US-Finanzminister Die Trump-Regierung wird schon bald neue Sanktionen gegen Russland verhängen. US-Finanzminister Steven Mnuchin hat dies am Mittwoch bei der Sitzung eines

Senatsausschusses erklärt, berichtet „The Hill“.

Die neuen Sanktionen seien eine Reaktion auf Russlands Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl von 2016. Die Trump-Regierung sei kurz davor, sie zu verhängen. „Wir arbeiten aktiv an neuen Sanktionen gegen Russland“, sagte der Finanzminister Mnuchin bei einer Anhörung im Senatsausschuss.

Die Arbeit finde „in einem geschlossenen Briefing“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. „Ich kann Ihnen versichern, dass Sanktionen im Anmarsch sind. Wir arbeiten daran, während wir hier sprechen“, so der Finanzminister weiter.

Laut „The Hill“ bestanden die Demokraten bei der Anhörung darauf, von Mnuchin zu erfahren, wie die Trump-Regierung zu neuen Sanktionen und Donald Trump selbst zu Russlands Einmischung in die Wahlen stehe. Auch wurde der US-Präsident dafür kritisiert, die Sanktionen nicht bereits vor Ende Januar verhängt zu haben, wie dies das neue CAATSA-Gesetz zur „Abwehr von Amerikas Gegnern durch Sanktionen“ vorsieht.

„Das darf auf keinen Fall so interpretiert werden, als würden wir keine Sanktionen gegen diejenigen verhängen, die in diesem Bericht erwähnt werden“, sagte Mnuchin.

Mit dem „Bericht“ meinte der Finanzminister die Liste russischer Geschäftsleute und Politiker, die die Trump-Regierung veröffentlicht hatte – auch bekannt als „Kreml-Liste“. Nach deren Veröffentlichung wurde laut „The Hill“ erklärt, sie sei nicht als Sanktionsliste gedacht gewesen.

de.sputniknews.com: Wiederaufbau in Syrien: Investitionsabkommen mit Russland geplant
Im Rahmen des Wiederaufbaus Syriens arbeiten Russland und Syrien zurzeit am Ausbau der bilateralen Wirtschaftskooperation. Möglich geworden ist das nach Erfolgen der syrischen Armee und der Wiederherstellung der Stabilität im größten Teil des Landes. Das sagt der syrische Wirtschaftsminister Samer Khalil am Donnerstag in einem Gespräch mit Sputnik. Dem Minister zufolge werden zurzeit Verhandlungen auf Ebene der Regierungen und privater Unternehmen geführt, die sowohl das Ausmaß der Investitionen als auch mögliche Investitionsziele definieren sollen.

Dies soll den Wiederaufbau und die Entwicklung der syrischen Wirtschaft fördern. Geplant sei unter anderem eine Erhöhung des bilateralen Handels. Zu diesem Zweck sei ein Projekt zur Einrichtung von ständigen Verkaufsstellen für russische Waren in Syrien und für syrische Waren in Russland in Vorbereitung, so der Minister.

Seiner Ansicht nach müssen die syrischen Produzenten von Vorzugstarifen Gebrauch machen, um erfolgreich auf den russischen Markt zu gelangen.

Wie Khalil ferner ausführte, hilft die Festigung der Wirtschaftskooperation zwischen Russland und Syrien den Syrern, gegen den Terrorismus zu kämpfen.

„Die Regierung Russlands und sein Volk erweisen alle mögliche Hilfe beim Wiederaufbau Syriens, damit hier möglichst schnell Stabilität und Frieden wiederhergestellt werden“, sagte der Minister.

Lug-info.com: Die Volksmiliz der LVR hat gemeinsam mit der gesellschaftlichen Organisation „Union der Afghanistanveteranen des Lugansker Landes“ im Gebiet der Brücke bei Stschastje der ukrainischen Seite die Leiche des Diversanten der ukrainischen Streitkräfte Dmitrij Syskow übergeben, der bei einem Durchbruchversuch auf das Territorium der Republik starb.

Bei der Übergabe waren Vertreter der LVR im GZKK und Vertreter der OSZE-Mission anwesend.

„Heute wurde im Rahmen des internationalen humanitären Rechts von der Volksmiliz sowie von Freiwilligen die Leiche eines Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf das von der Ukraine kontrollierte Territorium übergeben, damit er beerdigt werden kann“, sagte der

offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko.

„Ich möchte mich an die Verwandten des toten Soldaten wenden und erklären, dass die Schuld für seinen Tod vollständig beim verbrecherischen Kommando der ukrainischen Streitkräfte liegt“, fügte er hinzu.

Der ebenfalls anwesenden Vorsitzende der „Union der Afghanistanveteranen des Lugansker Landes“ Sergej Schonin teilte mit, dass die ukrainische Seite zugegeben hat, dass der Tote Soldat der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte war.

de.sputniknews.com: Ukraine: Explosion vor Stepan-Bandera-Museum gemeldet

Im ukrainischen Dorf Saryj Uhryniw hat es am Donnerstag auf dem Gelände des Stepan-Bandera-Museums eine Explosion gegeben. Laut dem Nachrichtenportal „Reporter“ wurde niemand verletzt.

„Es wurde wenig Schaden angerichtet, man wollte nur die Aufmerksamkeit auf sich ziehen“, wird der Museums-Direktor, Stepan Lessiw, zitiert. „Wer das warum getan hat – das weiß ich nicht. Irgendein niederträchtiger Verräter. Momentan sind Ermittler im Einsatz. Im Museum gibt es Überwachungskameras.“

Was die Explosion verursacht hat, wurde nicht angegeben.

Das Stepan-Bandera-Museum war am 30. Dezember 2000 in Saryj Uhryniw eröffnet worden. In diesem Dorf hatte Banderas Familie in den Jahren 1906 bis 1933 gelebt.

Stepan Bandera war ein ukrainischer nationalistischer Politiker und Militärführer. Im Osten der Ukraine, aber auch in Polen, Russland und Israel gilt Stepan Bandera als Nazi-Kollaborateur und Kriegsverbrecher. Im Westen der Ukraine wird er hingegen von vielen als Nationalheld verehrt.

Seit dem Regierungswechsel infolge von Protesten im Jahr 2013, auch bekannt als „Euromaidan“, erfolgt unter der Regierung des Präsidenten Petro Poroschenko eine verstärkte nationalistische Politik, die Konfrontationen mit Russland und seit Neuem auch mit Polen einschließt. Seitdem hat auch die historische Figur Stepan Bandera sowie die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) stark an Popularität gewonnen.

Die UPA wurde 2014 in Russland per Beschluss des Obersten Gerichts zu einer extremistischen Organisation erklärt. Im Jahr 2016 hatte das polnische Parlament die Verbrechen der UPA gegen die polnische Bevölkerung als Genozid eingestuft. Die UPA ist der militärische Flügel der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN, Bandera-Bewegung) und wurde 1942 gebildet.

de.sputniknews.com: Russlands SWIFT-Alternative geht ins Ausland

Der von der russischen Zentralbank entwickelte Dienst zur Übertragung von Finanzberichten (russ. Abk: SPFS) fordert das globale SWIFT-System heraus, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Quellen in der russischen Zentralbank, die mit diesem Projekt verbunden sind, verriet, dass sich an dem neuen System Banken und Unternehmen aus den Mitgliedsländern der Eurasischen Wirtschaftsunion beteiligen könnten. Das würde die Sicherheit von Geldüberweisungen innerhalb der EAWU fördern und die Abhängigkeit von SWIFT verringern. Einige Abgeordnete des EU-Parlaments hatten im Zuge der Russland-Sanktionen nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise gedroht, Russland von SWIFT abzuschalten.

Aktuell setzen russische Banken und Firmen SPFS als Reservemöglichkeit für SWIFT ein. Die Entwicklung des russischen Systems gehöre zu den höchsten Prioritäten der Bank Russlands, bestätigte man bei dem Finanzinstitut. Es werden gerade Mechanismen entwickelt, mit deren Hilfe Banken und deren Kunden grenzüberschreitende Operationen im EAWU-Raum durchführen könnten. Wann das neue System in Betrieb genommen wird, sagte man jedoch nicht.

Die Eurasische Wirtschaftskommission nannte die Initiativen der Zentralbank aussichtsreich, gab aber keine weiteren Kommentare ab.

Die Beteiligung neuer Unternehmen und Banken aus den EAWU-Ländern an dem neuen System würde das Interesse für den neuen Dienst fördern, zeigte sich Tatjana Bereschnowa von der BIN-Bank überzeugt.

„Immer mehr Nutzer aus unserem Land schließen sich dem russischen SWIFT-Analog an – unser Dienst ist aus Sicht der Sicherheit keineswegs schlechter als der westliche“, betonte die Expertin.

Marina Frolowa von der Rosbank zeigte sich überzeugt, dass das russische System eine gute Alternative für SWIFT werden könnte, sobald sich die meisten Unternehmen und Banken der EAWU ihm angeschlossen hätten.

Übrigens wäre die Nutzung des russischen SWIFT-Analogs wesentlich günstiger: Die Zentralbank schließt neue Kunden kostenlos an, während die Verwendung von westlichen Technologien die russischen Nutzer Zehntausende Dollar kostet. Die Entsendung einer SPFS-Mitteilung kostet etwa 1,5 bis zwei Rubel für eine Mitteilung. Zum Vergleich: Es sind 0,03 bis 0,05 Euro (umgerechnet 2,14 bis 3,56 Rubel) für eine SWIFT-Mitteilung.

In Perspektive könnte das SPFS-System in den BRICS-Ländern eingesetzt werden, dadurch würde die Zahl seiner Nutzer weiter wachsen, sagte der stellvertretende Vorstandschef der Loko-Bank, Andrej Ljuschin.

Allerdings sind nicht alle Akteure auf dem russischen Finanzmarkt so optimistisch. Denn aktuell belaufe sich der SPFS-Anteil auf lediglich fünf Prozent, betonte der Leiter der Expertengruppe Veta, Dmitri Scharski. Außerdem biete SPFS seinen Kunden wesentlich weniger Möglichkeiten (etwa 100 Typen von Mitteilungen gegenüber etwa 200 Typen bei SWIFT). Dennoch könnte die Kundenzahl des russischen Systems schon in diesem Jahr um zehn bis 15 Prozent steigen, vermutete der Branchenkenner. Kollege Ljuschin stimmte dieser Prognose zu.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31955/59/319555990.jpg>

[ukrinform.ua: Zwei Marineinfanteristen töten Kameraden.](#)

Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine hat zwei Soldaten im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) verhaftet. Sie werden verdächtigt, vier Marineinfanteristen einer Marineinfanterie-Brigade getötet zu haben.

Das gab die Pressesprecherin der Behörde, Larysa Sargan, auf ihrer Facebook-Seite bekannt.

Die Soldaten hätten ein Geständnis abgelegt. Grund für den Tod der Soldaten seien Streitereien während der Dienstzeit gewesen.

Laut Sargan leitete die Militärstaatsanwaltschaft Ermittlungen ein. Die Verdächtigen wollten die Tötung mit Feuer und einem Sprengsatz verdecken. Die Toten hätten Schusswunden. Die Leichen der Marineinfanteristen wurden in dem Haus, in dem sie untergebracht waren, entdeckt.

de.sputniknews.com: „Iskander“ bei Kaliningrad als symmetrische Antwort an Nato – Verteidigungspolitiker

Die Stationierung von „Iskander“-Raketenkomplexen in der Region Kaliningrad ist unter anderem eine symmetrische Antwort auf das Nato-Vorgehen, sagte der Chef des Verteidigungsausschusses des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus), Viktor Bondarew, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

„Die Stationierung des operativ-taktischen Raketenkomplexes ‚Iskander‘ muss nicht nur als symmetrische Antwort auf das Vorgehen der Nato, sondern vor allem als Bestandteil des komplexen Systems der Festigung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes betrachtet werden“, so Bondarew.

Er betonte dabei, dass es „ganz logisch“ sei, unter solchen Bedingungen die Verteidigungsfähigkeit Russlands zu festigen und jegliche Möglichkeiten einer Attacke von Anlieger- und Nachbarterritorien zu neutralisieren.

Er verwies darauf, dass „die Raketen, die die ‚Iskander‘-Komplexe tragen, nicht gegen den INF-Vertrag verstoßen, weil die Reichweite ihrer Flüge nicht mehr als 500 Kilometer ausmacht“. Die „Iskander“-Komplexe sind ihm zufolge keine strategische Waffe, deswegen unterliegen sie keinen durch den START-3-Vertrag verhängten Einschränkungen.

Beim Nato-Gipfeltreffen Anfang Juli 2016 in Warschau war die Stationierung von zusätzlich 4000 Soldaten in den baltischen Staaten beschlossen worden. Die Nato will vier multinationale, rotierende Bataillone für das östliche Bündnisgebiet schaffen.

Zur Formierung der Truppen sind die Rahmenstaaten bestimmt worden: In Lettland wird Deutschland dafür verantwortlich sein, in Litauen Kanada, in Estland Großbritannien und in Polen die USA.

Zuvor hatte Moskau erklärt, dass das US-Vorgehen im militärischen Bereich die europäische Sicherheit verschlechtere und Risiken in diesem Bereich schaffe.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31813/92/318139296.jpg>

Dnr-online.ru: Spezialisten des Ministeriums für ökonomische Entwicklung der DVR haben an der Arbeit des Volkssowjetkomitees für Industrie und Handel teilgenommen, bei dessen Sitzung Vorschläge zum Gesetzesentwurf 303-KD „Über die Lebensmittelsicherheit“ behandelt wurden.

Wie der Pressedienst des Ministeriums mitteilte, ist die Politik zur Garantie der Lebensmittelsicherheit der Republik gemäß dem Gesetzesentwurf auf folgendes ausgerichtet:

1. Gewährleistung des notwendigen Niveaus der Produktion von Lebensmitteln, der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft sowie der Lebensmittel- und weiterverarbeitenden Industrie;

2. Erneuerung und Auffüllung der staatlichen Lebensmittelressourcen unabhängig von Einwirkungen äußerer und innerer Faktoren;

3. Gewährleistung, dass die produzierten und verkauften Lebensmittel den Anforderungen an die Qualität und Sicherheit von Nahrungsmitteln entsprechen;

4. Gewährleistung der physischen und ökonomischen Zugänglichkeit von Lebensmitteln für die Bevölkerung;

5. Durchführung einer staatlichen Kontrolle des Lebensmittelmarktes, darunter Überwachung und Kontrolle der Produktion, der äußeren und inneren Lieferungen, der Lebensmittelvorräte. Die Vertreter der Fachministerien und -behörden, die auf der Sitzung des Komitees anwesend waren, benannten rechtliche, ökonomische, soziale und organisatorische Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der Herstellung der Lebensmittelsicherheit und haben ihre Vorschläge und Anmerkungen bezüglich des Gesetzesentwurfs eingebracht.

Im Ergebnis der Sitzung des Komitees wurde entschieden, den Gesetzesentwurf unter Berücksichtigung der Vorschläge der Organe der ausführenden Gewalt zu überarbeiten.

de.sputniknews.com: USA provozieren Türkei mit Waffenlieferungen an Kurden – Moskau
Die Amerikaner provozieren die Türkei mit ihren Waffenlieferungen an die syrischen Kurden, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag bei einem kurzen Pressegespräch.

„Die Amerikaner haben über das irakische Staatsgebiet immer neue Waffenkonvois an die Kurden geschickt und damit die Türkei provoziert. Die Türkei setzte ihrerseits die Kampfhandlungen gegen die Kurden im Raum Afrin im Nordwesten Syriens im Rahmen der Operation ‚Olivenzweig‘ fort“, so Sacharowa.

Die Sprecherin verwies auf den erbitterten Charakter der Kämpfe zwischen den türkischen Truppen und den Kurdenabteilungen.

de.sputniknews.com: Moskau zu Tod von Russen in Syrien durch US-Luftangriff:
Bei dem Luftangriff der US-geführten Anti-Terror-Koalition auf die Proregierungsgruppen in Syrien in der vorigen Woche sind laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa angeblich fünf Menschen gestorben, die womöglich russische Staatsbürger sind.

Zugleich bezeichnete Sacharowa die Medienberichte über angeblich Hunderte getötete russische Militärs in Syrien als „klassische Fehlinformation“.

„Es geht weder um 400 noch 200, 100 oder zehn Tote“, betonte die Sprecherin.

Zwar gebe es Verletzte, doch müsse auch hier zunächst überprüft werden, ob sie Bürger Russlands oder anderer Staaten seien.

Wie Sacharowa weiter ausführte, handelt es sich bei den Toten nicht um russische Militärs. Im Raum des Syrien-Konfliktes befinden sich nach ihren Angaben aber viele Menschen aus allen Regionen der Welt, darunter auch aus Russland und den GUS-Staaten.

„Interessant ist, dass syrische Extremisten, die gegen die Regierungstruppen kämpfen, diese Falschinformation auf ihren Informationskanälen noch vor dem Erscheinen der zuvor genannten Medienberichte veröffentlicht haben“, betonte Sacharowa.

Dabei sollen sie aus irgendeinem Grund ein Bild der Mars-Oberfläche genutzt haben.

In der Nacht auf den 8. Februar hatte die von den USA angeführte Anti-IS-Koalition einen Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) im Raum des Euphrat-Flusses attackiert.

Bei dem Anschlag sollen 25 Menschen verletzt worden sein. Indes hatten die US-amerikanischen Medien von Hunderten Toten, darunter auch Russen, berichtet.

Am Montag hatte Alexander Awerin, führender Vertreter der nicht registrierten russischen Partei „Drugaja Rossija“ („Das andere Russland“), mitgeteilt, dass bei dem Luftangriff ein Aktivist der Bewegung namens Kirill Ananjew getötet worden sei. Zuvor soll er im Donbass gekämpft haben.

Die US-geführte Koalition agiert in Syrien seit 2014, jedoch ohne Zustimmung der legitimen Regierung in Damaskus.

[Ukrinform.ua: Regierung billigt Anordnung zum Gebrauch von Waffen und Technik im ATO-Gebiet in Friedenszeit.](#)

Die Regierung der Ukraine hat eine Anordnung zum Gebrauch von Waffen und Technik durch die Einheiten der Streitkräfte der Ukraine im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) in der Friedenszeit gebilligt.

Die Anordnung Nr.68 wurde am 14. Februar auf dem Regierungsportal veröffentlicht. Die Anordnung regelt Verfahren, Aufgaben und Prinzipien für den Gebrauch von Waffen beim Militäreinsatz in den Gebieten Donezk und Luhansk in Friedenszeiten, gemäß dem Völkerrecht und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Antiterror-Operation.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/thumb_files/630_360_1515582817-6718-foto-milgovua.jpg

de.sputniknews.com: Nach zu viel Alkohol: Ukrainische Soldaten erschießen ihre Kameraden. Auf dem von Kiew kontrollierten Gebiet des Donbass haben Marineinfanteristen der ukrainischen Streitkräfte ihre Kameraden erschossen. Dies teilt das Pressezentrum des Stabs der Anti-Terror-Operation (ATO) auf seiner Facebook-Site mit.

„Vertreter des militärischen Ordnungsdienstes in den Streitkräften und der nationalen Polizei der Ukraine klären gegenwärtig die Gründe und Details des Todes der Militärangehörigen. Nach der vorliegenden Information wurden ihre Leichname in ihrer Unterkunft entdeckt. Im

Rahmen der Ermittlungen wurde ein Strafverfahren eingeleitet“, heißt es in der Mitteilung. Die Online-Ausgabe „Lewyj bereg“ berichtet, dass sich der Mord im Standort eines Truppenteils in einem ehemaligen Ferienheim in der Ortschaft Berdjanskoje ereignet habe. Dort seien vier Marineinfanteristen tot aufgefunden worden. Es heißt, dass sie von ihren zwei Kameraden aus Kalaschnikows erschossen worden seien. Als mögliche Ursache werden nicht vorschriftsmäßige Beziehungen genannt. Wie der TV-Sender „112 Ukraina“ berichtet, sollen die Soldaten betrunken gewesen sein, als es zur Schießerei gekommen war.